

1.2. Was uns Algerien lehrt: Eine Lektion für Afghanistan

Hartmut Elsenhans

In Afghanistan ist die Bundeswehr in einen Guerillakrieg verwickelt. Zum Ausgleich der Unterlegenheit in Bewaffnung, Mobilität und Logistik braucht die Guerilla den Schutz der Bevölkerung, die sie nicht verrät, wenn auch nicht notwendigerweise einhellig unterstützt. Ausgebuffte Techniker terroristischer Gewalt bewirken ohne diese Deckung dauerhaft wenig, wie die RAF, die italienischen Roten Brigaden, aber vor allem die Anfang der 1960er Jahre gegründete französische Untergrundbewegung *Organisation de l'armée secrète* (OAS) – Erfolg unter den Algerienfranzosen, Misserfolg in der Metropole – und nicht zuletzt die bolivianische Guerilla Che Guevaras belegen. Die Guerilleros zielen darauf, die sie schützende Bevölkerung dauerhaft dadurch für sich zu gewinnen, dass sie deren soziale Strukturen für ihre Zwecke instrumentalisieren. Noch so kleine vorkapitalistische Gemeinschaften sind durch Hierarchien und Koalitionen geprägt, die Menschen frühzeitig nach unterschiedlichsten Kriterien aufbauen, wie Blutsbande, Altersklassen, Geheimbünde, Kasten oder erfundene Familienverbände. Die Guerilla baut das Führungspersonal solcher Strukturen in die eigene Organisation ein oder eliminiert sie. Die so entstehende politische Support-Struktur erfasst alle Lebensbereiche der Zivilbevölkerung wie Rechtsprechung oder Sozialfürsorge und schafft damit eine rudimentäre Logistik für den militärischen Arm der „Bewegung“, im Idealfall einen Gegenstaat. Diese politische Organisation soll möglichst das ganze Operationsgebiet der Guerilla umfassen. Ihre Zerstörung ist das strategische Ziel der formell Herrschenden, der „Ordnungskräfte“.¹

Guerilla vs. Ordnungskräfte

Die Bevölkerung, die eine solche politische Organisation stützt, muss von überregionalem Handel und größeren Verkehrswegen weitgehend unabhängig und deshalb ländlich sein, um nicht von den Ordnungskräften ausgetrocknet zu werden. Städtische Bevölkerungen, oftmals benachteiligte Mittelschichten und Entwurzelte, können Rekruten liefern und Attentate in der Stadt erleichtern,



Prof. em. Dr. phil. Hartmut Elsenhans, geb. 1941, Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig, helsen@rz.uni-leipzig.de

1 Für den Algerienkrieg verweise ich auf: Elsenhans, Hartmut: La guerre d'Algérie 1954-1962. La transition d'une France à une autre. Le passage de la IV à la Ve République. Publisud, Paris 2000.

die spektakulärer als Aktionen auf dem Lande sind; doch kann die Kontrolle der Städte von den Ordnungskräften meist leicht erreicht werden, wie die Schlacht um Algier 1956 bis 1957 zeigt.

Der Gegenpol der Guerilla, auf den sich die Ordnungskräfte stützen, ist durch Arbeitsteilung, Handel und Staat (Steuern) geprägt und hat zwangsläufig nach außen sichtbare Strukturen, Amtsträger, überlokal agierende Persönlichkeiten. Er ist leicht angreifbar. Die Guerilla setzt auf ihre Fähigkeit, die Masse der Bevölkerung zu kontrollieren, ihr Gegenpol auf seine ökonomischen, administrativen und militärischen Ressourcen. Mit ihnen versuchen die Ordnungskräfte nach Ausbruch des Konflikts die schon lange bestehende Verweigerung (defensive Gegenintegration) der nicht kontrollierten Bevölkerung aufzubrechen. Die Guerilla transformiert die defensive in eine offensive, Militäroperationen stützende Gegenintegration.

Algerische Lehrstücke

Die *Mystiker des Guerillakrieges* halten die Guerilla für unbesiegbar. Der Beweis, dass die Gegenintegration aufzubrechen ist, wurde allerdings vielfach erbracht: so im französischen Kolonialkrieg in Algerien 1954 bis 1962 und im algerischen Bürgerkrieg der 1990er Jahre. Diese Beispiele verdeutlichen, dass die westlichen Interventionstruppen in Afghanistan nie über ein Erfolg versprechendes Konzept und die dazugehörenden Ressourcen verfügten. Frankreich hat 1956 Algerien tatsächlich wieder erobert und engmaschig besetzt. Auf fünf erwachsene algerische Männer kam ab Ende 1957 ein französischer Soldat. Zur Isolierung der Guerilla wurde ein Drittel der algerischen Bevölkerung in neue, wie Lager eingezäunte „Dörfer“ umgesiedelt und der Rest der Siedlungen ähnlich besetzt. 800 Verwaltungszentren der Armee übernahmen die staatliche Erfassung der Bevölkerung und schufen Beschäftigung (öffentliche Arbeiten, auch Schulen und Ausbildungszentren), zogen die Einheimischen zu Schutzaufgaben heran, „ermunterten“ sie, in französisch kontrollierte funktional ausdifferenzierte Organisationen einzutreten – auch zur Verbesserung ihrer ökonomischen Möglichkeiten –, und schufen lokale „Selbstverwaltungsorgane“.

Die Theoretiker des „antisubversiven“ Krieges entwickelten Konzepte der totalen Erfassung der Bevölkerung in drei Etappen: Schutz durch militärische Präsenz, ihre organisatorische Erfassung, (auch erzwungenes) Engagement zur Kompromittierung der Bevölkerung mit dem Ziel, eine erneute Hinwendung zum Gegner unmöglich zu machen. Das Schicksal der Helfer der französischen Armee (*Harkis*) am Ende des Algerienkrieges belegt den Erfolg

und dann auch die Kosten. Anschließend wurden die nunmehr in unwegsame Berggebiete abgedrängten und von äußerer Hilfe abgeschnittenen Guerilleros in infanteristischen Operationen aufgegeben: Bergmassiv nach Bergmassiv wurde von Eliteverbänden in Stärke mehrerer Divisionen umzingelt und durchkämmt. Auch die algerische Seite räumt ein, dass dadurch die militärischen Einheiten der Befreiungsarmee aufgegeben wurden: In der Schlussphase des Krieges 1962 hatten sie noch 3.000 Kriegswaffen in Algerien.

Was nicht genügt

Der Aufwand war beträchtlich: Zu den 400.000 französischen kamen noch 200.000 auf der Seite der Kolonialmacht kämpfende algerische Soldaten – von den vielfältigen Menschenrechtsverletzungen (systematische Folter) ganz zu schweigen. Umgerechnet auf Afghanistan wären dies 1,2 bis 1,3 Millionen Mann starke Interventionstruppen und 600.000 bis 700.000 afghanische Bewaffnete. Durch ein wirtschaftliches Hilfsprogramm sollten in vier Jahren 100.000 moderne Arbeitsplätze entstehen, alle Kinder wenigstens zur Grundschule gehen, eine Agrarreform ein Drittel der nutzbaren Böden neu verteilen und Infrastrukturinvestitionen getätigt werden, allein schon für die bessere Beweglichkeit der motorisierten Interventionstruppen. Politisch wurde den Algeriern ein in vielen Augen durchaus attraktiver persönlicher Aufstieg (Ausbildung, Laufbahnen im öffentlichen Dienst) und die gleichberechtigte französische Staatsbürgerschaft, also auch der Zugang zum französischen Wohlfahrtsstaat (Integration), versprochen. Im Ergebnis scheiterte die Politik allerdings an der Zurückhaltung insbesondere der Landbevölkerung, die weder ein französisches Algerien noch ein nicht von den Revolutionären geführtes unabhängiges Algerien akzeptierte.

Das von der Befreiungsbewegung einmal erworbene Vertrauen wog schwer. Die Masse der Bevölkerung glaubte nicht, dass die Kolonialmacht dauerhaft im Land bleiben würde. Eine lokal verwurzelte Gegenmacht zur Guerilla war nicht entstanden. Die Erwartung der Dauer der Macht und auch auf dem Land bestehende Netzwerke erklären den Erfolg der algerischen Staatsklasse: Ihr gelang in den 1990er Jahren in brillanter Anwendung der französischen Theorien des antisubversiven Krieges, die islamistische Guerilla auf isolierte bewaffnete Kerne und geheimbündlerische Terrornetze zu reduzieren.² Die algerische Staatsklasse hat

2 Vgl. Samraoui, Mohammed: *Chronique des années de sang. Algérie: comment les services secrets ont manipulé les groupes islamistes*. Denoël, Paris 2003.

ihre im Vergleich zur Kolonialmacht viel kleinere Armee auf die Verteidigung ihrer eigenen Basis (oftmals nur Teile von Städten, Ölanlagen) beschränkt. Die breite Bevölkerung wurde zur Selbstverteidigung ermuntert, dann aber auch ohne Rücksicht auf rechtsstaatliche Prinzipien für nicht verhinderte Aktionen der Befreiungsbewegung verantwortlich gemacht. Zwangsläufig im Guerillakrieg auftretende Reibungen zwischen stützender Bevölkerung und Guerilla konnten dadurch geschürt werden, und wenn dies nicht reichte, täuschte die Staatsklasse selbst Übergriffe der Guerilla vor. Die Guerilla wurde konsequent infiltriert, sodass in der Tarnung unvermeidliche Kommunikationsprobleme genutzt werden konnten, um die Guerilla zu Fehlern zu veranlassen, die sie der Bevölkerung entfremdeten. Weil die algerische Staatsklasse nicht auswandern konnte, vermittelte sie erfolgreich die Erwartung, sie werde den Krieg, wenn nötig, ewig weiterführen. Die Zermürbung, die auch die Guerilla in ihrem Verhältnis zur geschützten Bevölkerung nicht vermeiden kann, wechselte das Lager, in Algerien gefördert durch die Netzwerke der Staatsklasse auf dem Lande, die erlaubten, selbst Terror anzuwenden (Rheda Maleks: „Die Angst muss das Lager wechseln“).

Die Beispiele zeigen,

- (1) dass es wenig wahrscheinlich ist, eine von einer Guerilla bearbeitete Bevölkerung durch bloße Nähe und militärische Präsenz (Patrouillen, in Afghanistan durch sprachunkundige fremde Soldaten mit begrenzter Dienstzeit vor Ort) zum Engagement auf der Seite der Ordnungskräfte zu bewegen;
- (2) dass dazu ökonomische Anreize, also auch ein verbessertes Brunnenbauen, nicht ausreichen;
- (3) dass selbst anspruchsvolle politische Projekte wie Demokratie eine lokal weiterhin unter vielfältigen Abhängigkeiten und Kontrolle stehende Bevölkerung nicht auf die Seite der Ordnungskräfte kippen lassen.

Intervention ohne Kontrolle

Auch eine nur oberflächliche Betrachtung der Lage in Afghanistan zeigt, dass die westlichen Interventionstruppen keine mit dem französischen Kolonialkrieg vergleichbare Kontrolle der Bevölkerung erreicht haben, dass die Regierung Karzai kein mit der algerischen Staatsklasse vergleichbares Netzwerk in der ländlichen Gesellschaft hat errichten können und dass sowohl die westlichen Interventionstruppen als auch die Regierung, anders als die algerische Staatsklasse, nicht die Erwartung vermitteln, sie müssten auf Gedeih und Verderb in Afghanistan siegen. Dann wird kein



Weiterlesen:
C. Schetter,
Der neue Interventionismus
WeltTrends 73

Familienrat vor Ort mit der Guerilla brechen wollen, selbst wenn man – oft mit Zustimmung der Guerilla – wirtschaftlich attraktive Angebote der Stadt annimmt. Ein guter Indikator ist die Bereitschaft der Bevölkerung, die Guerilla und ihre lokalen politischen Vertreter zu denunzieren. Allen Berichten nach ist dies in Afghanistan wenig der Fall.

Die Strategie, mit begrenztem militärischen Aufwand und eher bescheidenen Programmen der wirtschaftlichen Förderung und sozialen sowie politischen Reformen die Bevölkerung gegen die Taliban zu gewinnen, darf als gescheitert angesehen werden.

Die derzeitigen Konflikte zwischen der Karzai-Regierung und den westlichen Interventen zeigen, dass die Karzai-Regierung einen der algerischen Staatsklasse ähnlichen Weg gehen will, während die westlichen Interventen illusorische Ziele verfolgen. Offenbar haben die Taliban die ländliche Bevölkerung bisher weniger tiefgehend erfassen können als die algerische Befreiungsbewegung während des Kolonialkrieges. Sie stehen vor einem ähnlichen Problem wie die algerischen Islamisten während des algerischen Bürgerkrieges. Sie müssen noch mit konkurrierenden Strukturen rechnen, offenbar – glaubt man der wenig erhellenden westlichen Berichterstattung – mit Führungspersonal der traditionellen Strukturen, die die Taliban aufgrund ihrer Ideologie weniger als die sozialrevolutionären algerischen Nationalisten ausschalten konnten. Sichert man diesem Führungspersonal die alten Machtpositionen zu, können sie Teile der Taliban-Basis auf ihre Seite ziehen innerhalb von Logiken, die die lokalen Rivalitäten und Bündnisse ausnutzen. Dazu ist eine gute „Korruption“ zur Sicherung klientelistischer Netzwerke wichtig, die Übernahme des westlichen Demokratiemodells ist dagegen wenig hilfreich. Zu viel westliche Präsenz (auch der Medien) schadet, westliches Geld und Waffen helfen. Solche Strategien haben unter den Bedingungen des sozialrevolutionären antikolonialistischen Widerstands nicht funktioniert, könnten aber heute funktionieren, weil (fast) niemand mehr an die Machbarkeit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts glaubt. Lassen sie die Karzai-Regierung bei dieser Option gewähren, werden die westlichen Interventen zu deren Gefangenen. Auf ihre missionarischen Ziele müssen sie dann verzichten. Sie würden in ihren Heimatländern die letzten rechtfertigenden Argumente für die Intervention verlieren. Als einziges Ziel würde der Westen hier erreichen, dass Afghanistan nicht mehr Aufmarschgebiet gegen ihn gerichteter militärischer Potenziale wird.

Partner und Gegner

Es bleibt also nur die Option des ausgehandelten Abzugs. Wer ist der Partner und welche Konzessionen kann man ihm abverlangen? Die Hoffnung, mit sogenannten gemäßigten Taliban eine Lösung zu finden, birgt Gefahren. Wer letztlich gemäßigt ist, kann der Westen schwerlich feststellen. Im Algerienkrieg waren nur die Nationalisten, die sich nicht mit der Kolonialmacht durch Eingehen auf vorzeitige und für die algerische Sache noch ungünstige Kompromisse kompromittiert hatten, in der Lage, Frieden zu schließen. Wegen der Zersplitterung der Guerilla sind lokale Militärführer keine guten Partner. In Algerien steht dafür die Affäre Si Salah im Frühjahr 1960. Sogenannte Dritte Kräfte setzen die Herausbildung einer stabilen Mittelklasse mit ökonomischen Ressourcen voraus, die in Afghanistan schwach zu sein scheint und überdies bei Fortdauer des Krieges immer mehr an Einfluss verliert. Das Spiel mit unterschiedlichen Tendenzen unter den Aufständischen führt im Regelfall zur inflationären Eskalation der Forderungen. Jede Tendenz rechnet sich durch möglichst kompromisslose Forderungen Legitimität für den auf den Friedensschluss folgenden Kampf um die Macht aus. Damit ist das Angebot, die Taliban in einen Prozess der Herausbildung einer afghanischen politischen Instanz durch Wahlen zu zwingen, kein gutes Instrument. In noch kommunitaristisch und eben nicht bürgerlich kapitalistisch geprägten Gebieten werden Wahlen durch die Machtverhältnisse vor Ort entschieden. Der Kampf lokaler Nichtregierungsorganisationen in Indien um ein *Empowerment* der Kastenlosen und der *Tribals* (Menschen außerhalb der indischen Kastenstruktur) liefert dafür Anschauungsmaterial. Die Messung von Einstellungen durch Befragende widerspricht allen Erkenntnissen über die Struktur von Kommunikation in solchen Gesellschaften. Dass eine führende deutsche Tageszeitung weitgehend unwidersprochen die Befürwortung des Kriegs auf der Grundlage solcher Befragungen durch einen in Deutschland als kompetent wahrgenommenen Hochschullehrer abgedruckt hat,³ ist ein weiterer Beleg dafür, dass Deutschland nicht reif für Weltpolitik ist.⁴

Auch in England setzte Massendemokratie die Zurückdrängung von Rente, Klientelismus und Marginalität voraus.⁵ Bei Verhandlungen über die Konditionen für Wahlen, letztlich die

3 Vgl. Risse, Thomas: Ein Staat, der sogar hilft. In: Süddeutsche Zeitung, 08.02.2008, www.sueddeutsche.de (abgerufen am 08.09.2010).

4 Vgl. Elsenhans, Hartmut: Reif für die Weltpolitik? Gedanken zur außenpolitischen Elite Deutschlands. In: *WeltTrends*, 25 (Winter 1999), S. 121-128.

5 Zum Problem der Demokratie bei Marginalität ist eine sinnvolle Einführung: Boukhobza, M'hamed: Transition démocratique et stabilité politique. Le cas de l'Algérie. In: *Algérie Actualité* (November 1992), S. 8-9.

Ausgestaltung der Machtverhältnisse vor Ort, lassen sich keine Konzessionen über langfristig verbindliche politische Ziele erzwingen. Sie sind deshalb für den politisch Schwächeren, also den Westen, viel gefährlicher als ein mit durchsetzungsfähigen Partnern ausgehandelter Kompromiss.

Die Aufständischen kämpfen nicht nur mit dem Westen um die Macht, sondern auch untereinander. In diesen Kampf kann der Westen eingreifen, weil durch den Friedensschluss durchsetzungsfähige, aber noch nicht dominante Führungsgruppen innerhalb der Aufständischen Vorteile beim späteren Kampf um die Macht erhalten. De Gaulle hat aus innenpolitischen Gründen an der Bestätigung des Verhandlungsergebnisses durch Wahlen in Algerien festgehalten, aber de facto seit Sommer 1961 eine Politik der Privilegierung der damaligen nicht unumstrittenen FLN-Führung (*Front de Libération Nationale*) verfolgt, die er tatsächlich zur Regierung des unabhängigen Algeriens aufbaute (es gab durchaus rivalisierende Kräfte innerhalb der Befreiungsbewegung). Wie damals lassen sich die westlichen Interessen am besten bewahren, indem sie in Verhandlungen mit einer als durchsetzungsfähig erachteten Gruppierung innerhalb der Aufständischen verbindlich vereinbart werden und dann dieser Gruppierung auch die Machtübernahme gegen alle Rivalen erleichtert wird. Ziel ist dabei nicht, prowestliche Partner zu fördern. Viel wichtiger ist die Durchsetzungsfähigkeit und Berechenbarkeit der Partner, auf die man sich festgelegt. Die Forderung nach einer durch Wahlen zuvor gewonnenen Legitimität von Gesprächspartnern unter den Aufständischen kann also nur schaden.

Verhandlungen jetzt!

Zeitdruck ist zu vermeiden. Verhandelt werden sollte nicht erst dann, wenn der Verlust heimischer Unterstützung dazu zwingt. Weil absehbar ist, dass der Westen nicht siegen wird, sollten Verhandlungen unter Nutzung der derzeit noch nicht völlig verzweifelten militärischen Lage früh einsetzen. Forderungen nach sofortigem Abzug schaden hingegen der Verhandlungsposition. Mendès-France hatte im französischen Indochinakrieg der Việt Minh, der Liga für die Unabhängigkeit Vietnams, noch nach dem Fall von Điện Biên Phủ 1954 mit der Entsendung der französischen Wehrpflichtigenarmee gedroht, wenn es nicht zu einem Kompromiss käme; De Gaulle hat fast zwei Jahre in Algerien Krieg geführt, um die militärische Position für Verhandlungen zu stärken. Mit der Verlängerung der militärischen Operationen werden allerdings auch gerade die politischen Kräfte des Gegners

am stärksten ausgedünnt, mit denen gegen die Mystiker der Gewalt Kompromisse ausgehandelt werden können.

Wer einen Krieg aufgibt, weil er ihm zu teuer ist, muss seine Forderungen herunterschrauben und Prioritäten setzen. Sicher hat Vorrang, dass Afghanistan das Völkerrecht einhält und keine Vorbereitung von Angriffen von seinem Territorium zulässt. Zur langfristigen Glaubwürdigkeit sollte der Westen seine Freunde vor Rache schützen, auch wenn sie erbärmlich waren. Anders als die antikolonialistischen Befreiungsbewegungen streben die Taliban nicht die Verwirklichung ihnen bisher von den Interventen vorenthaltener westlicher Werte an. Es wird also nachhaltigere Konflikte als bei der Entkolonisierung über nach dem Frieden einzuhaltende Grenzen für das politische Projekt der Taliban geben. Die Verteufelung des Islams in Teilen der westlichen Publizistik („Kampf der Kulturen“) schwächt die Verhandlungsposition des Westens, dem unterstellt wird, er wolle die islamische Kultur angreifen.

Auch in weiten Teilen der islamischen Welt will niemand die vollständige Verwirklichung der Ziele der Taliban. Eine auch zur Gewinnung von Vertrauen zwischen dem Westen und möglichen Verhandlungspartnern sinnvolle internationale Einbettung der westlichen Öffnungsstrategie könnte hier förderlich sein. Man könnte an die von der wirtschaftlich erfolgreichsten islamistischen Partei geführte Türkei, den internationalen Geldgeber für einen großen Teil islamischer Bewegungen, Saudi Arabien, und Pakistan, das als Alliiertes der Taliban zwar die westliche Intervention sabotiert hat, dem aber die Machtübernahme eher zukunftsfähiger politischer Führer der Taliban wichtig sein dürfte, denken. Diese Länder könnten auch mit Duldung der beiden Konfliktparteien durch eigene Truppenbeiträge in einer Übergangszeit lokale Sicherheit aufrechterhalten, um Racheakte durch lokale Kräfte zu verhindern, die den neuen Herrschern nichts nützen. Gelingt Stabilität für die Übergangszeit, dürften auch am Verhandlungstisch ausgehandelte Garantien, so Amnestien, respektiert werden, insbesondere wenn der Westen durchsetzt, dass die Höchststrafe für politische „Straftaten“ die Ausweisung in eigene westliche Gebiete ist. 🌐